

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Peter Hettlich, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9802 –**

Feinstaubreduktion im Straßenverkehr fortsetzen – Filteraustausch umsetzen, Prüf- und Messverfahren für Dieselrußpartikelfilter einführen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Werkstätten zu verpflichten, den von Betrugsfiltern betroffenen Fahrzeughaltern sofort ein funktionierendes PMS (Partikelminderungssystem) einzubauen; dem Halter des betroffenen Fahrzeuges nach einer angemessenen Zeitspanne für die Wandlung bei Nichttausch die Steuerförderung zu entziehen; die leichten Nutzfahrzeuge mit Pkw-Typgenehmigung in das bestehende steuerliche Förderprogramm zur Filternachrüstung aufzunehmen; sich für anspruchsvollere Abgasgrenzwerte für schwere und leichte Nutzfahrzeuge (EURO VI) auf europäischer Ebene einzusetzen; gesetzliche Vorgaben für die serienmäßige Ausrüstung von neuen Nutzfahrzeugen mit wirksamen Partikelfiltern zu erarbeiten; ein Förderkonzept für die Nachrüstung für den Bestand an nichtmautpflichtigen Nutzfahrzeugen vorzulegen; umfassende Feldüberwachungen für PMS-Nachrüstsysteme sowie Austauschkatalysatoren gesetzlich vorzuschreiben; im Rahmen der periodischen Abgasuntersuchung (AU) die Partikelemissionen (Anzahl und Masse) aller Dieselfahrzeuge mit geeigneten Verfahren zu kontrollieren und die Prüfwerte für alle Fahrzeuge (Benziner, Diesel) in der AU an den aktuellen Stand der Abgasnorm anzupassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9802 abzulehnen.

Berlin, den 3. Dezember 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Dr. Andreas Scheuer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Andreas Scheuer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9802** in seiner 187. Sitzung am 13. November 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Werkstätten zu verpflichten, den von Betrugsfiltern betroffenen Fahrzeughaltern sofort ein funktionierendes PMS einzubauen; dem Halter des betroffenen Fahrzeuges nach einer angemessenen Zeitspanne für die Wandlung bei Nichttausch die Steuerförderung zu entziehen; die leichten Nutzfahrzeuge mit Pkw-Typgenehmigung in das bestehende steuerliche Förderprogramm zur Filternachrüstung aufzunehmen; sich für anspruchsvollere Abgasgrenzwerte für schwere und leichte Nutzfahrzeuge (EURO VI) auf europäischer Ebene einzusetzen; gesetzliche Vorgaben für die serienmäßige Ausrüstung von neuen Nutzfahrzeugen mit wirksamen Partikelfiltern zu erarbeiten; ein Förderkonzept für die Nachrüstung für den Bestand an nichtmautpflichtigen Nutzfahrzeugen vorzulegen; umfassende Feldüberwachungen für PMS-Nachrüstsysteme sowie Austauschkatalysatoren gesetzlich vorzuschreiben; im Rahmen der periodischen Abgasuntersuchung (AU) die Partikelemissionen (Anzahl und Masse) aller Dieselfahrzeuge mit geeigneten Verfahren zu kontrollieren und die Prüfwerte für alle Fahrzeuge (Benziner, Diesel) in der AU an den aktuellen Stand der Abgasnorm anzupassen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/9802 in seiner 110. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Bei der Abstimmung haben sich alle Fraktionen der Stimme enthalten.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 12. November 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 gemeinsam mit einem Bericht der Bundesregierung zum Austausch nicht funktionierender Rußpartikelminderungssysteme, welcher im Rahmen einer Selbstbefassung auf die Tagesordnung gesetzt wurde, beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bedauerte, dass durch die Inverkehrbringung untauglicher Filtersysteme das Image der Rußpartikelfiltersysteme erheblich gelitten habe und die Verbraucher dadurch verunsichert worden seien. Die gute Idee der Steuerminderung für Rußpartikelfiltersysteme sei dadurch konterkariert worden. Die Rückrufaktion für die untauglichen Filtersysteme habe bislang zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Es müsse durch eine sorgfältige Prüfung von Partikelminderungssystemen sichergestellt werden, dass sich das Inverkehrbringen untauglicher Systeme nicht wiederhole. Sie warnte aber auch davor, sich bei der Genehmigung neuer Partikelminderungssysteme übervorsichtig zu verhalten und damit Innovationen zu behindern.

Die **Fraktion der SPD** betonte, das gemeinsame Ziel müsse es sein, den zum Erliegen kommenden Markt der Partikelminderungssysteme wieder zu beleben und Vertrauen zurückzugewinnen. Wichtig sei, dass man nicht diejenigen bestrafe, welche guten Willens gewesen seien und Partikelminderungssysteme hätten einbauen lassen. Eine Rücknahme der Steuerbefreiung für die betroffenen Partikelminderungssysteme würde zwar rechtens sein, aber einen Schaden beim Verbraucher auslösen. Sie plädierte dafür, dass das Kraftfahrt-Bundesamt die betroffenen Fahrzeughalter Anfang des kommenden Jahres noch einmal anschreibe und sie auch darüber informiere, welche Möglichkeiten zum Austausch der untauglichen Filtersysteme dann bestünden.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, es gebe nach wie vor für die Betroffenen keinen Anreiz, die fehlerhaften Filtersysteme auszutauschen. Insgesamt sei ein erheblicher Vertrauensverlust zu beklagen. Wichtig sei, dass man nun diejenigen schütze, welche Filter im Vertrauen auf das Kraftfahrt-Bundesamt hätten einbauen lassen. In Bezug auf den

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe sie beim Thema der Abgasuntersuchung für Dieselfahrzeuge noch Beratungsbedarf, so dass sie sich enthalten werde. Der Grundrichtung des Antrags in Bezug auf Partikelminderungs-systeme schließe sie sich aber ausdrücklich an.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie sehe es als problematisch an, dass 8 000 der 45 000 betroffenen Fahrzeughaber vorbildlich einen Austausch der fehlerhaften Filter veranlasst hätten, während die Übrigen nun untätig bleiben könnten, ohne negative Folgen befürchten zu müssen. Daher sehe sie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als einen Ausweg aus der Misere an. Deshalb werde sie dem Antrag zustimmen. Man sehe ein Förderprogramm für kleine Nutzfahrzeuge auch durchaus als umsetzbar an.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, der Anteil der ausgetauschten Filtersysteme an der Gesamtzahl der fehlerhaften Filtersysteme sei verschwindend gering. Sie sprach die Frage der Fortdauer der Betriebserlaubnis für fehlerhafte Systeme an und wies darauf hin, dass ein Hersteller unter Berufung auf die fortdauernde Betriebserlaubnis den Austausch der Filter verweigere. Sie erklärte, die derzeit für die Partikelmessung eingesetzten Messsysteme würden auch bei funktionierenden Filtersystemen kein brauchbares Messergebnis erzielen können. Wenn man immer neue Grenzwerte festlege, was in Anbetracht der Gefährlichkeit der Partikel richtig sei, könne es nicht angehen, dass man anschließend nicht bestimmen könne, wer diese Grenzwerte einhalte.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9802 abzulehnen.

Berlin, den 3. Dezember 2008

Dr. Andreas Scheuer
Berichterstatter

